

KARIN ARNOLD

Nationale und
transnationale Modelle
der Sachaufklärung in der
Zwangsvollstreckung

*Veröffentlichungen
zum Verfahrensrecht
225*

Mohr Siebeck

Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht

Band 225

herausgegeben von

Rolf Stürner



Karin Arnold

Nationale und transnationale Modelle
der Sachaufklärung in der
Zwangsvollstreckung

Mohr Siebeck

Karin Arnold, geboren 1991; Studium der Rechtswissenschaft an den Universitäten Heidelberg und Genf; Rechtsreferendariat im OLG-Bezirk Karlsruhe; 2024 Promotion; Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Zivilprozess- und Insolvenzrecht, Europäisches und Internationales Privat- und Verfahrensrecht sowie am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung der Universität Tübingen.

orcid.org/0009-0007-3895-7456

D21

ISBN 978-3-16-164753-6 / eISBN 978-3-16-164754-3

DOI 10.1628/978-3-16-164754-3

ISSN 0722-7574 / eISSN 2568-7255 (Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2026 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Das Recht einer Nutzung der Inhalte dieses Werkes zum Zwecke des Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Gedruckt auf alterungsbeständiges Papier.

Mohr Siebeck GmbH & Co. KG, Wilhelmstraße 18, 72074 Tübingen, Deutschland
www.mohrsiebeck.com, info@mohrsiebeck.com

Vorwort

Diese Arbeit wurde im Wintersemester 2024/2025 von der Juristischen Fakultät der Universität Tübingen als Dissertation angenommen. Literatur und Rechtsprechung befinden sich auf dem Stand von Juni 2025.

Meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Stefan Huber, danke ich nicht nur für die Betreuung der Arbeit und die große Freiheit, die er mir bei der Bearbeitung ließ, sondern auch für die nunmehr über zehnjährige Förderung, die ich zunächst als studentische Hilfskraft, später als wissenschaftliche Mitarbeiterin an seinem Lehrstuhl erfahren durfte. Er hat meinen juristischen Ausbildungsweg sowie mein Verständnis von und meine Freude an (Rechts-)Wissenschaft ganz wesentlich geprägt. Herrn Professor Dr. Martin Gebauer danke ich für wertvolle Anmerkungen und Denkanstöße im Zweitgutachten und darüber hinaus sowie dafür, dass ich Teil auch seines Lehrstuhls werden durfte. Für die Übernahme des Vorsitzes in der überaus angenehmen Disputation und für das meiner Arbeit entgegengebrachte Interesse danke ich Herrn Professor Dr. Jörg Kinzig. Mein Dank gilt außerdem Herrn Professor Dr. Rolf Stürner für die Aufnahme in diese Reihe und dem Verlag Mohr Siebeck für die freundliche Zusammenarbeit.

Besonders danken möchte ich ferner Herrn Professor Dr. Nicolas Cayrol, der mir einen Forschungsaufenthalt an der Université de Tours ermöglichte und jederzeit für Fragen und Gespräche zur Verfügung stand, sowie Herrn Dr. Ludovic Lauvergnat, der mir umfangreiche Einblicke in die französische Gerichtsvollzieherpraxis gab. Ohne diesen Forschungsaufenthalt in Frankreich hätte ich die Arbeit nicht im Ansatz in der vorliegenden Form verfassen können. Bereichert wurde die Arbeit außerdem durch einen Forschungsaufenthalt am Max-Planck-Institut in Luxemburg sowie durch den Sommerkurs im Internationalen Privatrecht an der Haager Akademie für Internationales Recht im Jahr 2022. Mein besonderer Dank gilt hier Herrn Professor Dr. Louis d'Avout für wertvolle Hinweise zum französischen Recht sowie Herrn Philippe Lortie, Erster Sekretär der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht, für unser Gespräch über die Berücksichtigung von Sachaufklärung in den Haager Übereinkommen.

Großen Anteil am Gelingen der Arbeit hatten meine Freundinnen und Freunde sowie meine Kolleginnen und Kollegen an der Juristischen Fakultät Tübingen, von denen ich stellvertretend (in alphabetischer Reihenfolge) Flora Bantelmann, Herrn PD Dr. Felix Berner, Katharina Haen, Dr. Linda Meister und Dr. Vincent Stangenberg nennen möchte. Sehr dankbar bin ich außerdem für unseren Doktorandinnenstammtisch, der auch und gerade während der Pan-

demie einen (zeitweise virtuellen) Rahmen für fachlichen wie persönlichen Austausch schuf.

Mein größter Dank gilt meinen Eltern, die mich schon mein ganzes Leben lang unterstützen, mir Selbstvertrauen gegeben und damit den Grundstein für diese Arbeit gelegt haben.

Tübingen, im Juni 2025

Karin Arnold

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Einleitung	1
1. Kapitel: Widerstreitende Interessen in der Sachaufklärung ...	7
§ 1 Interessen des Gläubigers	9
§ 2 Interessen des Schuldners	13
§ 3 Öffentliche Interessen	15
A. Grundrechtsbindung	15
B. Akzeptanz von Staat und Justiz	16
C. Wirtschaft	17
D. Mitwirkungspflichten im französischen Code des procédures civiles d'exécution	19
§ 4 Fazit und Panorama	21
2. Kapitel: Nationales Sachaufklärungsrecht aus historischer und vergleichender Perspektive	25
§ 1 Deutsches Recht	27
A. Kurzüberblick zum geltenden Recht	27
B. Historische Entwicklung des Sachaufklärungsrechts	27
C. Analyse des geltenden Rechts	80
D. Fazit und Reformvorschläge	165

§ 2 Französisches Recht	171
<i>A. Kurzüberblick zum geltenden Recht</i>	171
<i>B. Historische Entwicklung des Sachaufklärungsrechts</i>	171
<i>C. Analyse des geltenden Rechts</i>	192
<i>D. Perspektive: Optionen für ein reformiertes Sachaufklärungsrecht</i>	255
<i>E. Gesamtfazit zum französischen Recht</i>	278
§ 3 Zusammenfassender Vergleich zwischen deutschem und französischem Recht	279
§ 4 Sachaufklärung im Kontext von Traditionen des Zwangsvollstreckungsrechts	281
<i>A. Vorbemerkungen: Zwangsvollstreckungsrecht und Prozessauffassungen</i>	282
<i>B. Wahl der Sachaufklärungsmethode</i>	283
<i>C. Interessenabwägung in Verfahrensfragen</i>	292
<i>D. Fazit</i>	293
3. Kapitel: Sachaufklärung im transnationalen Recht	295
§ 1 Bestandsaufnahme	297
<i>A. Haager Übereinkommen über den Zivilprozess und Haager Anerkennungs- und Vollstreckungsübereinkommen</i>	297
<i>B. Unterhaltsrecht</i>	298
<i>C. EuBvKpfVO</i>	310
<i>D. EuZVO</i>	340
<i>E. Skandinavien</i>	342
<i>F. Ein Blick über den europäischen Tellerrand</i>	345
<i>G. Soft law</i>	354
<i>H. Programmatik der EU</i>	373

§ 2 Tendenzen: Sachaufklärung zwischen Koordinierung und Harmonisierung	389
4. Kapitel: Sachaufklärung in der EU – ein Regelungsvorschlag	391
§ 1 Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit	393
§ 2 Informeller oder formeller Ansatz	397
§ 3 Zielvorgabe	399
<i>A. Koordinierung mit Harmonisierung</i>	<i>399</i>
<i>B. Grundsätzliche Bedenken</i>	<i>400</i>
§ 4 Optionen für Harmonisierungen	409
<i>A. Sachaufklärungsmethode – personelle Reichweite der Ermittlungsbefugnisse</i>	<i>409</i>
<i>B. Sachliche Reichweite der Ermittlungsbefugnisse</i>	<i>415</i>
<i>C. Adressaten der Auskunftspflicht</i>	<i>416</i>
§ 5 Verfahrensgestaltung	419
<i>A. Zuständigkeit</i>	<i>419</i>
<i>B. Zeitpunkt der Sachaufklärung</i>	<i>420</i>
<i>C. Weiterverwendung der Daten</i>	<i>422</i>
<i>D. Schuldnerschutz</i>	<i>423</i>
§ 6 Kompetenz der EU	427
§ 7 Résumé und Perspektiven	429
Schlusszusammenfassung	431
Literaturverzeichnis	445
Sachregister	461

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Einleitung	1
1. Kapitel: Widerstreitende Interessen in der Sachaufklärung ...	7
§ 1 Interessen des Gläubigers	9
§ 2 Interessen des Schuldners	13
§ 3 Öffentliche Interessen	15
A. Grundrechtsbindung	15
B. Akzeptanz von Staat und Justiz	16
C. Wirtschaft	17
D. Mitwirkungspflichten im französischen Code des procédures civiles d'exécution	19
§ 4 Fazit und Panorama	21
2. Kapitel: Nationales Sachaufklärungsrecht aus historischer und vergleichender Perspektive	25
§ 1 Deutsches Recht	27
A. Kurzüberblick zum geltenden Recht	27
B. Historische Entwicklung des Sachaufklärungsrechts	27
I. Zwangsvollstreckungsrecht und Sachaufklärung im 19. Jahrhundert in der rechtswissenschaftlichen Forschung	28
II. Partikularrechte	32
1. Preußen	32

a)	Allgemeine Gerichtsordnung für die Preußischen Staaten von 1791	32
b)	Entwurf einer Prozessordnung von 1864	34
2.	Württemberg	36
a)	Exekutionsgesetz von 1825	36
b)	Entwurf einer Prozessordnung von 1840/1841	37
c)	Prozessordnung von 1868	39
3.	Hannover	40
a)	Untergerichtsordnung von 1828	40
b)	Allgemeine bürgerliche Prozessordnung von 1847	41
c)	Allgemeine bürgerliche Prozessordnung von 1850	42
d)	Zusammenfassung: Entwicklung der Sachaufklärung in Hannover	42
4.	Baden	43
5.	Braunschweig	44
6.	Bayern	45
a)	Entwurf einer Prozessordnung von 1861	45
b)	Prozessordnung von 1869	45
7.	Résumé	46
III.	Einheitliches Prozessrecht	47
1.	Reformbestrebungen	47
a)	Der Entwurf einer allgemeinen Zivilprozessordnung für die deutschen Bundesstaaten von 1866	47
b)	Der preußische Entwurf einer Deutschen Civilprozeßordnung von 1871	48
c)	Zusammenfassung	50
2.	CPO von 1877	50
a)	Regelungen im Einzelnen	50
b)	Sinn und Zweck des Offenbarungseides	53
c)	Einordnung in die liberale Konzeption der CPO	56
3.	Zusammenfassung	56
IV.	Reformbedarf	57
1.	Stellungnahmen der Praxis und Literatur am Anfang des 20. Jahrhunderts	58
2.	Zwangsvollstreckung im ZPO-Entwurf von 1931	61
a)	Überblick	61
b)	Sachaufklärung	64
aa)	Ermittlungsbefugnisse	65
(1)	Offenbarungseid	65
(2)	Drittauskunft	67
bb)	(Keine) Subsidiarität	67
cc)	„Schuldnerliste“	69
c)	Zusammenfassung	69

3. Weitere Entwicklungen bis zur Reform der Sachaufklärung im Jahr 2009	70
a) Eine Fortsetzung der Kritik am Offenbarungseid	70
b) Kuriositäten in der Rechtsprechung	72
aa) Urteil des BGH vom 06.10.1952 – III ZR 115/51: Vereitelte Pfändung nach Offenbarungseidstermin	73
bb) Ausforschungs- und Verdachtspfändung	73
(1) Urteil des OLG München vom 01.08.1990 – 14 W 173/90	73
(2) Urteil des BGH vom 19.03.2004 – IXa ZB 229/03 ...	74
(3) Bewertung	75
c) Kleine Reformen	76
V. Fazit	79
C. <i>Analyse des geltenden Rechts</i>	80
I. Frei zugängliche Quellen	81
1. Melderegister	81
2. Grundbuch	82
3. Handelsregister	83
II. Staatlich unterstützte Sachaufklärung	83
1. Ermittlung des Aufenthalts	84
a) Auskunftrechte	84
b) Auskunftszeitpunkt	85
c) Weiterverwendung der Daten	86
d) Bewertung	87
2. Ermittlung des Vermögens	88
a) Vermögensauskunft des Schuldners, § 802c ZPO	88
aa) Vorverlagerung der Vermögensauskunft	88
bb) Vermögensverzeichnisse	89
cc) Verfahrensablauf	89
(1) Voraussetzung: keine Vermögensauskunft in den letzten zwei Jahren, § 802d ZPO	90
(a) Grundlagen	90
(b) Zweck	91
(aa) Schutz des Schuldners	91
(bb) Entlastung der Justiz	92
(c) Zwischenbetrachtung	92
(2) Kosten	93
(3) Örtliche Zuständigkeit, § 802e ZPO	93
(4) Ladung mit Frist, § 802f ZPO	94
(a) Grundlagen	94
(b) Kritik	95
(c) Entbehrlichkeit der Frist	97

(d) Weitere Verzögerungen	97
(5) Zwischenbetrachtung	98
dd) Ermittelbare Vermögenswerte	98
(1) Grundsatz: Gesamtes Vermögen	98
(2) Erweiterung und Beschränkung	99
(3) Fragerecht des Gläubigers	100
ee) Sanktionen und Druckmittel	101
(1) Erzwingungshaft	101
(2) Strafbarkeit	103
(3) Schuldnerverzeichnis	103
(a) Überblick	103
(b) Historische Einordnung	105
(c) Bewertung des Schuldnerverzeichnisses – insbesondere: Einsichtsrecht für „jeden“	107
(aa) Eintragung als selbstverständliche Sanktion?	107
(bb) Modalitäten der Einsicht	108
(cc) Kritik	109
(d) Fazit	112
(4) Drittauskunft, § 802I ZPO	113
(5) Zwischenbewertung	114
ff) Verfassungsmäßigkeit	115
(1) Zeitpunkt der Vermögensauskunft	115
(2) Pflicht zur Abgabe der Vermögensauskunft	115
(a) Schutzbereich des Art. 2 I i.V.m. Art. 1 I GG	116
(b) Eingriff	116
(c) Rechtfertigung	117
(aa) Legitimer Zweck und Geeignetheit	117
(bb) Erforderlichkeit: Drittauskunft als milderer, gleich wirksames Mittel?	117
(cc) Angemessenheit	119
(d) Bewertung	119
gg) Zusammenfassende Betrachtung der Vermögensauskunft	121
b) Drittauskunft, § 802I ZPO	121
aa) Gesetzgebungsgeschichte	121
bb) Überblick über die Regelung	123
cc) Voraussetzungen	124
(1) Erforderlichkeit, § 802I I 1 ZPO	124
(a) Grundlagen	125
(b) Restriktive Interpretation	126
(c) Rechtsprechung des BGH	127
(d) Bewertung	128
(2) Subsidiarität	129

(a) Grundlagen	129
(b) Kritik	130
(c) Zusammenfassung	132
(3) Sonderfall: „Folgegläubiger“	132
(a) § 802l I 2 Nr. 2 ZPO	133
(aa) Rechtsprechung des BGH von 2018–2021	133
(bb) Intervention des Gesetzgebers im Jahr 2021	135
(b) § 802l I 2 Nr. 3 ZPO	136
(c) § 802l I 2 Nr. 1 ZPO	136
(d) Zusammenfassung	137
(4) Höhe der Forderung	137
dd) Auskunftspflichtige Stellen	140
(1) Allgemeines	140
(2) Berufsständische Versorgungseinrichtungen	140
(3) Grundbuchamt	142
ee) Umfang der Auskunftsrechte	144
ff) Verfassungsmäßigkeit	147
(1) Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2007: Voraussetzungen für die Erhebung von Kontostammdaten	147
(2) Schutzbereich	148
(3) Eingriff	148
(4) Rechtfertigung	148
(a) Legitimer Zweck	149
(b) Geeignetheit	149
(c) Erforderlichkeit	149
(aa) <i>De lege lata</i>	149
(bb) <i>De lege ferenda</i>	150
(d) Angemessenheit	151
(aa) <i>De lege lata</i>	151
(bb) <i>De lege ferenda</i>	153
(5) Zwischenergebnis	154
gg) Zusammenschau	154
c) Weiterverwendung der Daten	154
aa) Aus der Vermögensauskunft erlangte Daten	155
bb) Aus der Drittauskunft erlangte Daten	156
cc) Zwischenbetrachtung	157
d) Dezentralisiertes Vollstreckungssystem und Sachaufklärung	158
e) Einstweiliger Rechtsschutz	160
aa) Grundlagen des einstweiligen Rechtsschutzes	160
bb) Anwendung auf die Sachaufklärung	161
(1) Meinungsstand	161

(2) Neubewertung des Eingriffs in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung?	162
(3) Ergebnis	163
f) Sachaufklärung im weiten Sinne: Erklärungspflicht des Drittschuldners	164
D. <i>Fazit und Reformvorschläge</i>	165
§ 2 <i>Französisches Recht</i>	171
A. <i>Kurzüberblick zum geltenden Recht</i>	171
B. <i>Historische Entwicklung des Sachaufklärungsrechts</i>	171
I. <i>Von Napoléon bis zur Reform des Zwangsvollstreckungsrechts</i>	172
1. Rechtslage nach dem Code de procédure civile von 1806	172
2. Behandlung in der Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts	173
3. Erste sektorielle gesetzliche Regelungen	175
a) Sachaufklärung im weiten Sinne	175
aa) Drittschuldnererklärung	175
bb) Drittauskunft im Erkenntnisverfahren	176
b) Sachaufklärung im engen Sinne	176
aa) Reform des Unterhaltsrechts	176
bb) Kraftfahrzeuge	177
4. Normative Ansatzpunkte vor 1991	178
a) Art. 10 CPC	178
b) Art. 10 I Code civil	179
5. Rechtsprechung der Cour de cassation: Ermittlung des Wohnsitzes des Schuldners mit und ohne Titel	179
a) Urteil vom 06.11.1990	180
b) Urteil vom 19.03.1991	181
c) Urteil vom 30.06.1992	181
d) Bewertung	181
II. <i>Reform von 1991</i>	182
1. Überblick über die Regelungen zur Sachaufklärung	183
2. Präferenz der Forderungspfändung	185
3. Rolle der Staatsanwaltschaft und des Gerichtsvollziehers	186
4. <i>Le droit au respect de la vie privée</i>	189
III. <i>Fazit</i>	191
C. <i>Analyse des geltenden Rechts</i>	192
I. <i>Frei zugängliche Quellen</i>	192
II. <i>Auskunftsrechte des Gerichtsvollziehers</i>	194
1. <i>Auskunftspflicht</i>	195
a) <i>Auskunftsverpflichtete Stellen</i>	195
b) <i>Sanktionen</i>	198

2. Zuständigkeit	199
a) Reform von 2004	200
b) Reform von 2010 – „loi Bételle“	201
3. Umfang der Auskunftsrechte	204
4. Weiterverwendung der ermittelten Informationen – <i>vie privée</i> und <i>secret professionnel</i>	206
5. Zeitpunkt der Sachaufklärung	210
a) Vorbemerkungen zum einstweiligen Rechtsschutz	211
b) Grundlagen der <i>saisie conservatoire</i>	212
c) Verhältnis zum Zwangsvollstreckungsrecht	214
d) Sachaufklärung im einstweiligen Rechtsschutz	216
aa) Rechtslage nach dem Reformgesetz von 1991	217
bb) Reform von 2015	218
(1) Inhalt	218
(2) Kontroverse: Bedeutung von „chargé de l'exécution“	218
cc) Entwicklung der Rechtsprechung der unteren Gerichte	219
dd) Urteil der Cour de cassation vom 16.03.2017: Keine Sachaufklärung im einstweiligen Rechtsschutz	221
(1) Entscheidung	221
(2) Bewertung	222
ee) Reaktionen in der Rechtsprechung	224
ff) Einfluss des EU-Rechts	226
(1) Art. 14 EuBvKpfVO und die Ungleichbehandlung von „nationalen“ und „europäischen“ Gläubigern	227
(2) Urteil der CA Paris vom 28.01.2021: Zulässigkeit einer FICOBA-Abfrage im einstweiligen Rechtsschutz	230
(3) Reform von 2021	230
III. Erklärungspflicht des Drittschuldners	232
IV. Auskunft des Schuldners – Vorbilder einer Vermögensauskunft im französischen Recht	234
1. Allgemeine Pflicht zur Abgabe einer Vermögensauskunft?	234
2. Gesetzliche Regelungen	235
a) <i>Saisie-vente</i>	235
aa) Grundlagen der <i>saisie-vente</i>	235
bb) Vermögensauskunft des Schuldners nach Art. R221-3 Nr. 3 C. pr. ex.	236
cc) Schweigen des Schuldners	236
dd) Nachweis über Unmöglichkeit der Konto- und Lohnpfändung	240
ee) Sinn und Zweck der Vermögensauskunft nach Art. R221-3 Nr. 3 C. pr. ex.	240

(1) Subsidiarität der <i>saisie-vente</i>	240
(2) Vermögensauskunft als Wahlrecht des Schuldners?	242
(3) Kritik an der Subsidiarität	244
ff) Abschließende Bewertung	246
b) Vermögensauskünfte zur Einschränkung der Gesamtvermögenshaftung	247
aa) <i>Entrepreneur individuel</i>	248
bb) <i>Entrepreneur individuel à responsabilité limitée</i> (EIRL)	250
cc) Schenker und Erblasser	251
c) <i>Patrimoine fiduciaire</i>	252
d) Insolvenzrecht	252
aa) <i>Procédures collectives</i> nach dem Code de commerce	252
bb) <i>Surendettement des particuliers</i> nach dem Code de la consommation	253
3. Abschließender Vergleich mit der Vermögensauskunft nach § 802c ZPO	254
D. <i>Perspektive: Optionen für ein reformiertes Sachaufklärungsrecht</i>	255
I. Die Vermögensauskunft des Schuldners als Modell für das französische Sachaufklärungsrecht?	256
1. Vorteile der Vermögensauskunft aus französischer Sicht	256
2. Die Vermögensauskunft im System des französischen Zwangsvollstreckungsrechts	258
3. Ausgestaltung einer französischen Vermögensauskunft	259
a) Motivation durch Sanktion	260
aa) Wahrheitsgemäße und vollständige Auskunft	260
bb) Abgabe der Vermögensauskunft	261
(1) Schuldnerverzeichnis	261
(2) Erzwingungshaft	263
(3) Geldzahlung	267
(a) Zwangsgeld	268
(b) Schadensersatz	270
(c) Systembruch durch Zwangsgeld und Schadensersatz?	270
(4) Zwischenergebnis	271
b) Motivation durch Belohnung	271
4. Zusammenschau	273
II. Adressaten der Auskunftspflicht	273
III. Zeitpunkt der Sachaufklärung	274
IV. Ermittelbare Vermögenswerte	276
V. Weiterverwendung der ermittelten Informationen	277
VI. Fazit	277
E. <i>Gesamtfazit zum französischen Recht</i>	278

§ 3 Zusammenfassender Vergleich zwischen deutschem und französischem Recht	279
§ 4 Sachaufklärung im Kontext von Traditionen des Zwangsvollstreckungsrechts	281
<i>A. Vorbemerkungen: Zwangsvollstreckungsrecht und Prozessauffassungen</i>	282
<i>B. Wahl der Sachaufklärungsmethode</i>	283
I. Liberale Sachaufklärungsmethode	284
II. Regulierte, soziale Sachaufklärungsmethode	285
III. Sonderfall: Typisierung anhand des Schuldners	286
IV. Zwischenbewertung	287
V. Reichweite der Ermittlungsbefugnisse	288
1. Sachliche Reichweite	288
2. Personelle Reichweite	290
3. Zusammenschau	291
<i>C. Interessenabwägung in Verfahrensfragen</i>	292
I. Zuständigkeit	292
II. Zeitpunkt der Sachaufklärung	292
III. Weiterverwendung der ermittelten Informationen	293
<i>D. Fazit</i>	293
3. Kapitel: Sachaufklärung im transnationalen Recht	295
§ 1 Bestandsaufnahme	297
<i>A. Haager Übereinkommen über den Zivilprozess und Haager Anerkennungs- und Vollstreckungsübereinkommen</i>	297
<i>B. Unterhaltsrecht</i>	298
I. UN-Unterhaltsübereinkommen von 1956	298
II. HUÜ 1958 und 1973	299
III. HUÜ 2007	300
IV. EuUnthVO	302
1. Zusammenarbeit der Zentralen Behörden	302
2. Zeitpunkt der Sachaufklärung	303
3. Sachaufklärungsmethoden	303
4. Ermittlbare Informationen	305
a) Anschrift	305
b) Finanzielle Verhältnisse	305
5. Auskunftspflichtete Stellen	306
6. Weiterverwendung der ermittelten Daten	307

7. Benachrichtigung des Schuldners	307
8. Verhältnis zum nationalen Recht	307
9. Résumé	308
C. <i>EuBvKpfVO</i>	310
I. Allgemeines zur EuBvKpfVO	310
1. Differenzierung anhand des Titels	311
2. Definition des Titels	312
3. Voraussetzungen für den Erlass eines EAPO	314
4. Ex-parte-Verfahren	315
5. Schuldnerschutz	315
a) Sicherheitsleistung, Art. 12	316
b) Schadensersatzpflicht, Art. 13	317
II. Sachaufklärungsmechanismus, Art. 14	319
1. Hintergrund	319
2. Voraussetzungen	320
a) Allgemeine Voraussetzungen	320
aa) Titel	320
bb) Antrag auf Erlass eines EAPO	322
cc) Grund zur Annahme der Existenz von Bankkonten	323
(1) Notwendigkeit des Schuldnerschutzes	323
(2) Prozessökonomie	324
(3) Europäischer Rechtsraum	325
(4) Rechtsunsicherheit	326
(5) Fazit	329
b) Zusätzliche Voraussetzungen nach Art. 14 I UAbs. 2	330
aa) Betrag von erheblicher Höhe	330
bb) Dringende Erforderlichkeit wegen wahrscheinlicher Vollstreckungsgefährdung	331
cc) Wesentliche Verschlechterung der finanziellen Lage des Gläubigers	332
3. Übermittlung an die Auskunftsbehörde	333
4. Sachaufklärungsmethoden, Art. 14 V	334
5. Umfang der ermittelbaren Informationen	338
6. Verwendung der Daten	338
III. Zusammenfassung	339
D. <i>EuZVO</i>	340
E. <i>Skandinavien</i>	342
F. <i>Ein Blick über den europäischen Tellerrand</i>	345
I. OHADA	345
1. Hintergrund	346
2. Einheitliches Vollstreckungsrecht: „Acte uniforme portant organisation des procédures simplifiées de recouvrement et des voies d'exécution“ von 1998	347

a) Einführung	347
b) Überblick	349
c) Regelungen zur Sachaufklärung	350
3. Zusammenschau	351
II. Lateinamerika	352
1. Hintergründe	352
2. MERCOSUR: Las Leñas Protokoll von 1992	352
G. <i>Soft law</i>	354
I. <i>Storme</i> -Entwurf	355
1. Einführung	355
2. Überblick über die Regelungen	356
3. Sachaufklärung	356
II. ALI/UNIDROIT Principles of Transnational Civil Procedure	358
III. ELI/UNIDROIT Model European Rules of Civil Procedure	360
IV. UNIDROIT „Best Practices for Effective Enforcement“	361
1. Vorbereitende Studie von <i>Stürner</i>	362
2. Stand des Projekts	365
3. Bewertung	369
V. L'Union Internationale des Huissiers de Justice et Officiers Judiciaires	370
VI. Organization of American States	372
VII. Zusammenschau	372
H. <i>Programmatik der EU</i>	373
I. Die EU und das Exequatur	373
II. „Vollstreckung“: Mehr als Exequatur	377
III. Berücksichtigung der Sachaufklärung	378
IV. Grünbuch der Kommission von 2008	380
1. Erstellung eines Handbuchs	381
2. Erweiterung der Register und Verbesserung des Registerzugangs	382
3. Informationsaustausch zwischen Vollstreckungsbehörden	384
4. Offenbarungsversicherung des Schuldners	385
5. Bewertung	388
V. Résumé	388
§ 2 Tendenzen: Sachaufklärung zwischen Koordinierung und Harmonisierung	389
4. Kapitel: Sachaufklärung in der EU – ein Regelungsvorschlag	391

§ 1 Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit	393
§ 2 Informeller oder formeller Ansatz	397
§ 3 Zielvorgabe	399
A. <i>Koordinierung mit Harmonisierung</i>	399
B. <i>Grundsätzliche Bedenken</i>	400
I. <i>Enforcement shopping</i>	401
II. „Informationsasymmetrien“	403
III. Justizielle Zusammenarbeit als Fremdkörper in Vollstreckungssachen?	404
IV. <i>Résumé</i>	407
§ 4 Optionen für Harmonisierungen	409
A. <i>Sachaufklärungsmethode – personelle Reichweite der Ermittlungsbefugnisse</i>	409
I. „Europäische Vermögensauskunft“ des Schuldners	409
1. Europäisch-autonome Sanktionen	410
2. Europäisch-autonome Belohnungen	411
3. Anzugebendes Vermögen	412
4. <i>Résumé</i>	412
II. <i>Drittauskunft</i>	413
B. <i>Sachliche Reichweite der Ermittlungsbefugnisse</i>	415
C. <i>Adressaten der Auskunftspflicht</i>	416
§ 5 Verfahrensgestaltung	419
A. <i>Zuständigkeit</i>	419
B. <i>Zeitpunkt der Sachaufklärung</i>	420
I. <i>Sachaufklärung im einstweiligen Rechtsschutz</i>	420
II. <i>Verhältnis zwischen Sachaufklärung und Vollstreckungsverfahren</i>	421
C. <i>Weiterverwendung der Daten</i>	422
I. <i>Weitergabe an den Gläubiger</i>	422
II. <i>Verwendung für andere Vollstreckungsverfahren und Register</i>	422
D. <i>Schuldnerschutz</i>	423
I. <i>Präventive Maßnahmen</i>	423
II. <i>Repressive Maßnahmen</i>	425

§ 6 Kompetenz der EU	427
§ 7 Résumé und Perspektiven	429
Schlusszusammenfassung	431
Literaturverzeichnis	445
Sachregister	461

Einleitung

„Là où il n’y a rien, même le Roi perd ses droits.“ Oder auf Deutsch: „Wo nichts ist, hat der Kaiser sein Recht verloren.“

Dieses in Frankreich und Deutschland gleichermaßen bekannte Rechtsspruchwort beschreibt die Rolle der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung treffend: Der Gläubiger, der einen Titel erstritten hat und diesen nun vollstrecken möchte, scheitert hieran, wenn kein Vermögen des Schuldners auffindbar ist. Dabei spielt es aus Sicht des Gläubigers keine Rolle, ob der Schuldner vermögenslos ist oder ob schlicht unbekannt ist, wo sich sein Vermögen befindet.¹ Kann der Gläubiger den Titel nicht vollstrecken, ist dieser in beiden Fällen für ihn praktisch wertlos² – mit negativen Folgen für den Gläubiger, für den Staat, die Gesellschaft und die Wirtschaft und möglicherweise auch für den Schuldner.³

Um dem Gläubiger über sein Informationsdefizit hinwegzuhelfen, sehen Zwangsvollstreckungsrechte unterschiedliche Maßnahmen zur Ermittlung des schuldnerischen Vermögens vor. Diese Maßnahmen machen jedoch in der Regel an den staatlichen Grenzen Halt. Dadurch verschärft sich das Informationsdefizit des Gläubigers in grenzüberschreitenden Rechtsstreitigkeiten, denn hier hat der Gläubiger typischerweise ein gesteigertes Interesse an der Ermittlung von Vermögenswerten im Ausland. Aus europäischer Perspektive wird dies aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtung der EU-Mitgliedstaaten untereinander und der Grundfreiheiten besonders relevant in grenzüberschreitenden Rechtsstreitigkeiten innerhalb der EU.

Seit ihrer Gründung hat sich die grenzüberschreitende justizielle Zusammenarbeit innerhalb der EU zwar stetig intensiviert – von Rechtshilfeersuchen im Bereich der grenzüberschreitenden Beweisaufnahme⁴ und der grenzüberschreitenden Zustellung⁵ über die Entwicklung unionsautonomer Erkenntnisverfahren⁶ bis hin zur Anerkennung und Vollstreckung mitgliedstaatlicher Entscheidungen ohne Exequaturverfahren⁷. Es lässt sich daher eine zunehmende Euro-

¹ Vgl. *Théry*, Dr. et proc. 2010, 88, 89.

² *Hess*, EuZPR, § 10, Rn. 10.121: „Das beste Urteil ist wertlos, wenn seine Vollstreckung nicht garantiert wird.“

³ Siehe zur Analyse der Interessenlage in der Sachaufklärung im 1. Kapitel.

⁴ VO (EG) Nr. 1206/2001 (EuBVO a.F.), VO (EU) 2020/1783 (EuBVO n.F.).

⁵ VO (EG) Nr. 1393/2007 (EuZVO a.F.), VO (EU) 2020/1784 (EuZVO n.F.).

⁶ VO (EG) Nr. 1896/2006 (EuMahnVO).

⁷ VO (EG) Nr. 861/2007 (EuGFVO).

päisierung der Verfahren in Zivil- und Handelssachen beobachten.⁸ Ein Bereich allerdings blieb von dieser Tendenz bislang weithin unberührt: das Zwangsvollstreckungsverfahren. Ein System der justiziellen Zusammenarbeit fehlt hier weitestgehend; von einer Harmonisierung der Zwangsvollstreckungsrechte der Mitgliedstaaten ist man noch weiter entfernt.⁹ Vielmehr findet gem. Art. 41 I Brüssel Ia-VO nationales Vollstreckungsrecht Anwendung. Über sein Informationsdefizit in der Zwangsvollstreckung können dem Gläubiger daher in vielen Fällen keine EU-Instrumente hinweghelfen – da sie nicht existieren.¹⁰

Aufgrund der zentralen Bedeutung der Zwangsvollstreckung für die Durchsetzung einer Forderung und damit, auf europäischer Ebene, auch für die praktische Wirksamkeit der Titelfreizügigkeit¹¹, ist die fehlende Beachtung der Zwangsvollstreckung durch den europäischen Gesetzgeber nicht etwa darauf zurückzuführen, dass das Zwangsvollstreckungsrecht nicht hinreichend relevant wäre. Vielmehr wurde das Zwangsvollstreckungsrecht lange Zeit aufgrund von Territorialitäts- und Souveränitätsstreben schlicht nicht als Teil des internationalen Rechtsverkehrs wahrgenommen. Internationalisierungstendenzen wie sie das Erkenntnisverfahren erfahren hat, gingen daher am Zwangsvollstreckungsrecht weitestgehend vorbei.¹² Die Geltung des Lex-foi-Grundsatzes¹³ tut hierbei ihr Übriges: Ist eine Internationalisierung überhaupt notwendig, wenn doch ohnehin das nationale Zwangsvollstreckungsrecht Anwendung findet?¹⁴

All dies ist allerdings nicht der einzige Grund für die weitgehende Ausblendung des Zwangsvollstreckungsrechts aus der EU-Rechtssetzungstätigkeit – denn der europäische Gesetzgeber ist nicht der einzige Gesetzgeber, der das Zwangsvollstreckungsrecht unbeachtet lässt. Dies trifft vielmehr auch auf nationale Gesetzgeber zu: Traditionell steht die Zwangsvollstreckung nicht im Fokus des Gesetzgebers.¹⁵ So wurde dem deutschen Gesetzgeber ein „reformerischer[n]

⁸ Coester-Waltjen, JURA 2006, 914, 914; Reichling, Les principes directeurs, S. 22.

⁹ Domej, Internationale Zwangsvollstreckung und Haftungsverwirklichung, S. 2 f.; Wolber, Schuldnerschutz, S. 185.

¹⁰ Ausnahmen bilden einzelne Regelungen in der EuUnthVO, der EuBvKpfVO und der EuZVO n.F., die aber jeweils entweder nicht den gesamten Bereich der Sachaufklärung und/oder nicht alle Zivil- und Handelssachen erfassen. Siehe hierzu im 3. Kapitel, § 1, B.IV., C., D. (S. 302 ff., 310 ff., 340 ff.).

¹¹ Siehe speziell zur Sachaufklärung im 3. Kapitel, § 1, H.III. (S. 378 ff.) sowie im 4. Kapitel, § 1 (S. 393 ff.).

¹² Vgl. Hess, EuZPR, § 10, Rn. 10.117. Vereinzelt wurde allerdings auch schon frühzeitig eine Europäisierung des Vollstreckungsrechts angedacht, so von Berner im Jahr 1965, der Überlegungen zu einem europäischen Vollstreckungswesen anstellte, BISchK 29 (1965), 65–79.

¹³ Art. 41 I Brüssel Ia-VO.

¹⁴ Vgl. S. Huber, in: Hess, S. 77, 85, der im Lex-foi-Grundsatz eine mögliche Erklärung für das vergleichsweise spät aufkeimende Interesse der Rechtsvergleichung am Prozessrecht sieht.

¹⁵ Hess/Vollkommer, in: Greger/Gleussner/Heinemann, S. 349, 349 f., die auf die daraus entstehenden Gefahren für das Justizmonopol des Staates hinweisen.

Jahrhundertschlaf im Bereich der Zwangsvollstreckung“ vorgeworfen.¹⁶ Eindrücklich lässt sich dieser Jahrhundertschlaf in den Normen des 8. Buchs der geltenden ZPO verfolgen: Vergleicht man sie mit den Normen der CPO von 1877, so ist der Grad an Übereinstimmung (nicht bloß an Ähnlichkeit) frappierend.¹⁷ Aber nicht nur steht das Zwangsvollstreckungsrecht nicht im Fokus des Gesetzgebers – es steht auch nicht im Fokus wissenschaftlicher Auseinandersetzungen, die sich auf dem Gebiet des Prozessrechts mehrheitlich mit dem Erkenntnisverfahren befassen. Das mangelnde Interesse an der Zwangsvollstreckung mag daran liegen, dass die Zwangsvollstreckung als bloßes „Anhängsel“ an das Erkenntnisverfahren mit noch dienenderer Funktion als ebendieses wahrgenommen wird¹⁸, als stark von praktischen Erwägungen geprägt und damit als wenig geeignet für – wie *Perrot* es bezeichnet – „lyrische Höhenflüge“¹⁹. Auf dem Gebiet der Sachaufklärung ist der Gesetzgeber glücklicherweise mittlerweile über seinen Schatten gesprungen; der jahrzehnte-, gar jahrhundertelange Stillstand wandelt sich jüngst in Reformbereitschaft.

Ziel dieser Arbeit ist es, einen unionsweiten, europäischen Sachaufklärungsmechanismus für grenzüberschreitende Rechtsstreitigkeiten in allen²⁰ Zivil- und Handelssachen vorzuschlagen, um die grenzüberschreitende Vollstreckung in der EU weiter zu erleichtern und zu beschleunigen²¹. Daraus folgt der rechtsvergleichende Ansatz der Arbeit: Denn ein Vorschlag für einen europäischen Sachaufklärungsmechanismus muss sich in die Vollstreckungsrechte der Mitgliedstaaten integrieren lassen.²² Insbesondere muss verhindert werden, dass bei der praktischen Umsetzung solche Friktionen mit den mitgliedstaatlichen Vollstreckungsrechten entstehen, dass die Effektivität der Sachaufklärung beeinträchtigt wird.

¹⁶ *Behr*, Rpfleger 1981, 417, 419.

¹⁷ Für das französische Zwangsvollstreckungsrecht in der Zeit zwischen 1806 und 1991 ebenso *Perrot*, RTD Civ. 1993, 165, Punkt I. Siehe zur Zurückhaltung sowohl des deutschen als auch des französischen Gesetzgebers ausführlich im 2. Kapitel.

¹⁸ Vgl. auch *Stamm*, Prinzipien und Grundstrukturen des Zwangsvollstreckungsrechts, S. 104.

¹⁹ *Perrot*, RTD Civ. 1993, 165, Rn. 1: „Il faut dire que cette matière ne fait pas partie de ces disciplines qui se prêtent à de belles envolées lyriques où excellent tant de brillants esprits.“ – „Dieses Rechtsgebiet gehört nicht zu den Disziplinen, die sich für lyrische Höhenflüge eignen, in denen sich so viele kluge Köpfe auszeichnen.“ (Übersetzung der Verf.) In eine ähnliche Richtung auch *Baur/Stürner/Bruns*, die auf die Gefahr hinweisen, das Zwangsvollstreckungsrecht als „technisches Recht“ misszuverstehen, Zwangsvollstreckungsrecht, § 3, Rn. 3.1.

²⁰ Vereinzelt gibt es bereits EU-Regelungen zur Sachaufklärung, deren Anwendungsbereich jedoch entweder beschränkt ist oder deren Reichweite nicht alle aufklärungsbedürftigen Aspekte der Situation des Schuldners erfasst. Siehe hierzu näher im 3. Kapitel, § 1, B.IV., C., D. (S. 302 ff., 310 ff., 340 ff.).

²¹ Die Erleichterung und Beschleunigung der grenzüberschreitenden Zwangsvollstreckung ist auch die Zielvorgabe der Brüssel Ia-VO, vgl. deren Erwägungsgrund 26.

²² Zu der Notwendigkeit, bei der Entwicklung neuer europäischer Normen die Vereinbarkeit mit der mitgliedstaatlichen Rechtskultur in den Blick zu nehmen, *Gascón Inchausti*, Prozessrechtsvergleichung in der Europäischen Union, S. 111, 122.

Durch den Vergleich verschiedener nationaler Lösungen soll das integrationsfähigste und gleichzeitig effektivste Sachaufklärungsmodell ermittelt werden. Zu diesem Zweck werden für den Rechtsvergleich zwei Rechtsordnungen ausgewählt, die traditionell unterschiedliche Sachaufklärungskonzepte verfolgen: Deutschland und Frankreich.

Eine Adaptation auf EU-Ebene setzt freilich Verständnis für die Funktionsweise der jeweiligen Sachaufklärungsmodelle im nationalen Zwangsvollstreckungsrecht voraus – denn möglicherweise sind bestimmte Lösungen im nationalen Recht nur deshalb effektiv, weil das flankierende nationale Zwangsvollstreckungsrecht sie effektiv macht, während sie in einem anderen zwangsvollstreckungsrechtlichen Kontext jede Effektivität verlieren würden. Es ist daher unerlässlich, das nationale Sachaufklärungsrecht in seinem nationalen Kontext zu betrachten. Dazu gehört auch die historische Entwicklung des Sachaufklärungsrechts: Gerade aufgrund der Trägheit des Gesetzgebers im Bereich der Zwangsvollstreckung werden manche Elemente des Sachaufklärungsrechts womöglich nur in ihrer historischen Rückschau verständlich. Schon *Franz Klein* stellte im Jahr 1927 fest: „Prozeßgesetze müssen mehr als sonst irgend ein Gesetz aus ihrer Vergangenheit und ihren Vorläufern erklärt werden, so werden sie recht verständlich.“²³ Und *James Goldschmidt* schloss sich im Jahr 1931 an: „Gerade die Richtigkeit von Prozeßgesetzen [...] ist in besonders hohem Maße geschichtlich bedingt.“²⁴ Anhand einer historischen Rückschau lassen sich auch Wandel des gesetzgeberischen Willens nachvollziehen. So können Tendenzen in der Rechtsentwicklung identifiziert und Erfolgsaussichten von Reformen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene beurteilt werden. In Bezug auf die europäische Ebene sind freilich auch bereits existierende EU-Regelungen relevant: Angesichts einer wachsenden europäischen Rechtskultur sind nicht nur die im nationalen Recht gefundenen Lösungen von Interesse, sondern auch die im EU-Recht bereits vertretenen Ansätze.²⁵

Mit dem rechtsvergleichenden Ansatz versucht die Arbeit auch, einen Beitrag zu einem in der Rechtsvergleichung wenig untersuchten Gebiet zu leisten: dem Vergleich von Zwangsvollstreckungsrechten²⁶. Traditionell auf den Vergleich des materiellen Rechts ausgerichtet, hat das Prozessrecht im Ganzen lange Zeit wenig Beachtung von der Rechtsvergleichung gefunden. Mit Blick auf die Rechtsangleichung als Anwendungsfeld der Rechtsvergleichung erschien das materielle Recht als Vergleichsgegenstand gewinnbringender, gilt doch im Prozessrecht ohnehin der *Lex-fori*-Grundsatz.²⁷ Zwar hat sich diese Einschätzung in den vergangenen Jahrzehnten geändert; immer prominenter widmet sich die Rechtsverglei-

²³ *Klein*, Reden, Vorträge, Aufsätze, Briefe I, S. 63.

²⁴ *Goldschmidt*, JW 1931, 2444, 2445.

²⁵ So auch *Gascón Inchausti*, in: Hess, S. 111, 123.

²⁶ *Hess*, EuZPR, § 10, Rn. 10.117.

²⁷ Vgl. *S. Huber*, in: Hess, S. 77, 80 f., 85.

chung auch dem Prozessrecht.²⁸ Dies bezieht sich jedoch vor allem auf das Erkenntnisverfahren. Das Zwangsvollstreckungsrecht blieb hier weitgehend unbeachtet.²⁹

Die Untersuchung gliedert sich in vier Kapitel. Im ersten Kapitel wird die Interessenlage der an der Zwangsvollstreckung beteiligten Akteure analysiert – die Interessen des Gläubigers und des Schuldners sowie die öffentlichen Interessen an der Sachaufklärung. Das 2. Kapitel wendet sich zunächst der Darstellung des deutschen (§ 1) und des französischen (§ 2) Rechts zu. Dies geschieht in der Form von Länderberichten. Diese Form ist erforderlich, um die historische Entwicklung der Sachaufklärungsrechte angemessen darstellen zu können. Im Anschluss werden auf der Grundlage der im deutschen und französischen Recht gefundenen Lösungen die für die Gestaltung eines Sachaufklärungsrechts relevanten Elemente herausgearbeitet und in den Kontext von Richtungsentscheidungen des Zwangsvollstreckungsrechts eingeordnet (§ 3 und § 4). Im 3. Kapitel wird das transnationale Recht auf Regelungen zur Sachaufklärung untersucht, bevor die Arbeit im 4. Kapitel mit der Ausarbeitung eines Regelungsvorschlags für einen europäischen Sachaufklärungsmechanismus in Zivil- und Handelssachen schließt.

²⁸ Zu dieser Entwicklung siehe *S. Huber*, in: Hess, S. 77, 81 ff.

²⁹ Siehe aber Andenas/Hess/Oberhammer (Hrsg.), *Enforcement Agency Practice in Europe*; Deguchi (Hrsg.), *Effective Enforcement of Creditors' Rights*; Domej, *Internationale Zwangsvollstreckung und Haftungsverwirklichung*; von Hein/Kruger (Hrsg.), *Informed Choices in Cross-Border Enforcement*; Kennett, *The Enforcement of Judgments in Europe*.

1. Kapitel

Widerstreitende Interessen in der Sachaufklärung

So wie im gesamten Zwangsvollstreckungsrecht müssen auch im Teilbereich der Sachaufklärung die widerstreitenden Interessen von Gläubiger und Schuldner sowie das öffentliche Interesse an einer effektiven Zwangsvollstreckung in einen gerechten Ausgleich gebracht werden. Im Folgenden soll diese Interessenlage analysiert werden. Die Analyse bildet die Basis für die Untersuchung des deutschen und des französischen Sachaufklärungsrechts im 2. Kapitel sowie der transnationalen Regelungsansätze im 3. Kapitel. Sie dient daher als roter Faden – auch für die Ausarbeitung eines Vorschlags für ein europäisches Sachaufklärungsrecht im 4. Kapitel. Begonnen wird mit den Interessen des Gläubigers. Es schließen sich die Interessen des Schuldners sowie die öffentlichen Interessen an. Den Abschluss des 1. Kapitels bildet ein Ausblick auf die sich auf der Grundlage der unterschiedlichen Interessen ergebenden möglichen Konzeptionen eines Sachaufklärungsrechts.

§ 1 Interessen des Gläubigers

Das zu Beginn der Einleitung zitierte Rechtsspruchwort, das so treffend die Bedeutung der Sachaufklärung umschreibt, spiegelt auch die Interessenlage des Gläubigers wider: Gibt es kein Vermögen, in das der Gläubiger vollstrecken kann, ist sein Titel für ihn nichts mehr wert; der Gläubiger verliert faktisch sein Recht. Mit fehlenden Sachaufklärungsmechanismen geht daher eine Entwertung des Vollstreckungstitels einher.¹ Der Gläubiger erstreitet seinen Titel schließlich nicht als Selbstzweck, sondern mit dem Ziel, seine offene Forderung gegen den Schuldner durchzusetzen. Begleicht der Schuldner die Forderung trotz Titel nicht, ist der Gläubiger auf staatliche Hilfe angewiesen – denn, zu Recht, verbietet ihm der Rechtsstaat die Selbsthilfe. Als Ausgleich für das Verbot der Selbsthilfe hat der Gesetzgeber das Zwangsvollstreckungsverfahren geschaffen.² Selbstverständlich hat der Gläubiger nun ein Interesse daran, dass dieses Zwangsvollstreckungsverfahren effektiv ausgestaltet ist, dass es also tatsächlich zur Beitreibung seiner Forderung führt. Alle Vollstreckungsmaßnahmen – ob Sachpfändung, Forderungspfändung, Zwangsversteigerung, Zwangsverwaltung oder Eintragung einer Sicherungshypothek – sind aber aussichtslos, wenn kein Vermögen auffindbar ist, in das vollstreckt werden kann. Für den Gläubiger spielt es dabei keine Rolle, ob Vermögen nicht auffindbar ist, weil es tatsächlich nicht existiert oder weil der Schuldner es versteckt hält.³ Im einen wie im anderen Fall ist der Titel für den Gläubiger nichts wert. Interesse an effektiver Zwangsvollstreckung ist daher immer auch Interesse an effektiver Sachaufklärung.⁴

Dieses Interesse lässt sich präzisieren: Der Gläubiger hat zum einen ein Interesse an Sachaufklärungsmethoden, mit denen nicht bloß irgendwelche, sondern insbesondere die für die Vollstreckung relevantesten Vermögensbestandteile⁵ des Schuldners zuverlässig ermittelt werden können. Zum anderen hat er ein Interesse daran, dass diese Ermittlung zügig geschieht.⁶ Der Gläubiger hat in der Regel

¹ *Piédelièvre*, in: Leborgne/Putman, S. 105, 106 (Rn. 220).

² BGH NJW 2004, 2979, 2980.

³ Vgl. *Théry*, Dr. et proc. 2010, 88, 89.

⁴ So auch *Lauvergnat*, Recueil Dalloz 2012, 888, 888, der zudem feststellt, dass Sachaufklärung integraler Bestandteil des Zwangsvollstreckungsrechts ist. Vgl. auch *Würdinger*: Die Transparenz des Schuldnervermögens gehöre zur effektiven Rechtsdurchsetzung, JZ 2011, 177, 178.

⁵ Siehe hierzu näher im 2. Kapitel, § 4, B.V.1. (S. 288 f.).

⁶ In eine ähnliche Richtung *Würdinger*, der die „inhaltliche Dimension“ (welche Daten?)

bereits viel Zeit in das Erkenntnisverfahren investiert und das eigentliche Zwangsvollstreckungsverfahren steht ihm noch bevor – die Sachaufklärung schafft schließlich nur die Voraussetzung für die Durchführung der Zwangsvollstreckung. Und selbstverständlich hat der Gläubiger auch ein Interesse daran, dass die Sachaufklärung möglichst kostengünstig ist.⁷ Zwar trägt – jedenfalls im deutschen und im französischen Recht – der Schuldner die Kosten des Vollstreckungsverfahrens.⁸ Der Gläubiger muss diese Kosten aber vorschießen⁹ und je länger das Vollstreckungsverfahren dauert, desto größer wird das Risiko, dass ein böswilliger Schuldner Vermögen verschiebt und damit nicht nur die Beitreibung der Forderung unmöglich macht, sondern auch die Beitreibung der Vollstreckungskosten. Das Interesse an einer kostengünstigen Sachaufklärung hängt daher eng mit dem Interesse an einer zügigen Sachaufklärung zusammen.

Stellt der Staat dem Gläubiger kein effektives Sachaufklärungsrecht zur Seite, so muss er damit rechnen, dass Gläubiger sich privaten Auskunftseien zuwenden, um das Vermögen des Schuldners zu lokalisieren.¹⁰ Möglicherweise führt dieser Weg sogar zum Erfolg – im Interesse des Gläubigers liegt er aber allein schon aus Kostengründen nicht. So mancher Gläubiger wird diesen Weg trotzdem beschreiten, da nicht beglichene Forderungen für ihn in vielen Fällen nicht nur ärgerlich, sondern eine Frage der wirtschaftlichen Existenz sind.¹¹ Hierbei kann allerdings Ungleichheit zwischen den Gläubigern entstehen: zwischen denen, die sich ein solches Vorgehen leisten und jenen, die es sich nicht leisten können. Auf der Strecke bleiben „kleine“ Gläubiger – sowie Gläubiger „kleiner“ Forderungen, denn die Beauftragung von Auskunftseien wird zur Betreibung geringer Forderungshöhen oftmals außer Verhältnis stehen. Privilegiert werden dadurch die Schuldner „kleiner“ Gläubiger und die Schuldner „kleiner“ Forderungen.¹²

Aus gutem Grund hat der Gläubiger an effektiver Zwangsvollstreckung daher nicht bloß ein *Interesse*. Er hat hierauf auch ein *Recht*. Für die Mitgliedstaaten des Europarats hat der EGMR im Jahr 1997 in der Rechtssache *Hornsby v. Greece* entschieden, dass das in Art. 6 EMRK garantierte Recht auf ein faires Verfahren auch das Recht auf eine effektive Zwangsvollstreckung umfasst:

sowie die „zeitliche Komponente“ (Zeitpunkt der Sachaufklärung?) als die beiden Stellschrauben des Sachaufklärungsrechts identifiziert, JZ 2011, 177, 181.

⁷ Siehe auch *Würdinger*, JZ 2011, 177, 181.

⁸ Vgl. für das deutsche Recht § 788 ZPO, für das französische Recht Art. L111-8 I C. pr. ex.

⁹ Zum französischen Recht siehe *Cayrol*, Droit de l'exécution, Rn. 269.

¹⁰ *Bruckmann* wurde hier unter Geltung des alten deutschen Sachaufklärungsrechts deutlich: „Wie soll einem Gläubiger zugemutet werden, die rechtlich vorgeschriebenen Wege zu gehen, wenn diese in der Praxis nicht zur Befriedigung der titulierten Ansprüche führen?“, ZRP 1994, 129, 132.

¹¹ Die FDP-Fraktion im damaligen Bundestag wies diesbezüglich insbesondere auf mittelständische Unternehmen hin, BT-Drs. 16/7179, S. 3.

¹² *Hess/Vollkommer*, in: Greger/Gleussner/Heinemann, S. 349, 352; siehe auch im 2. Kapitel, § 1, B.IV.3.c) (S. 76).

Sachregister

- Adresse 81, 177, 179–182, 195–197,
236, 415, *siehe auch* Aufenthalt;
Wohnsitz
- ALI/UNIDROIT Principles of Transnational Civil Procedure 358–360, 397
- Allgemeines Persönlichkeitsrecht 119 f.,
siehe auch Recht auf informationelle
Selbstbestimmung
- Anfechtbare Rechtsgeschäfte 59, 64, 76,
99 f., 357, 387, 412
- Asser, Tobias 375
- Aufenthalt 84–87, 93 f., *siehe auch* Adresse; Wohnsitz
– gewöhnlicher 327
- Ausforschungspfändung 73–75, 225 f.
- Auskunftei *siehe* Privatdetektei
- Auskunftsbehörde 333, 419
- Baden 43 f., 54, 122 f., 406
- Bagatellgrenze 137–140
- Bankgeheimnis 184, 203, 276, 335, 337,
367, 379, *siehe auch* *secret professionnel*
- Bayern 54, 122 f.
– Entwurf einer Prozessordnung von
1861 45
– Prozessordnung von 1869 45 f.
- Berufsgeheimnis *siehe* *secret professionnel*
- Berufsständische Versorgungseinrichtungen 85, 125 f., 135, 140–143, 150,
152 f.
- Beweisaufnahme 67, 122, 178 f.
- Binnenmarkt 18, 380, *siehe auch* Grundfreiheiten
- Braunschweig 44
- Bundeszentralamt für Steuern 140, 145,
152, 157, 164
- caisse allocations familiales* 197
- caisse de retraite* 197
- caisse primaire d'assurances maladie* 197
- centre des services informatiques de la direction des finances publiques* 204
- Civilprozeßordnung 50–57
– Preußischer Entwurf von 1871 48–50
- Code civil 175, 179–182, 184 f., 189,
234, 247, 252, 264
- Code de commerce 248–254
- Code de la consommation 253 f.
- Code de procédure civile 172–175,
178 f., 234
- Code des procédures civiles d'exécution 182–247, 258–277
- Code mondial de l'exécution 370–372,
403
- contrainte par corps* 263–267
- Datenschutz 365, 368 f., 379, 383, *siehe auch* *Le droit au respect de la vie privée*; Privatsphäre des Schuldners; Recht auf informationelle Selbstbestimmung; Weiterverwendung ermittelter Daten
- Datensparsamkeit 156, 386 f., 412
- déclaration d'affectation* 250 f.
- déclaration d'insaisissabilité* 248–250,
251
- déclaration sociale nominative* 197
- Dezentralisiertes Vollstreckungssystem 70, 158–160, 168 f., 397 f.
- Drittauskunft (Deutschland) 121–165
– als Druckmittel 113 f., 166–168
– Auskunftspflichtete Stellen 140–144
– Baden 43 f., 54, 122 f.
– Bagatellgrenze 137–140

- Bayern 45 f., 54, 122 f.
- Benachrichtigung des Schuldners 131 f.
- Enumerationsprinzip 140
- Erforderlichkeit 124–129
- Erkenntnisverfahren 78 f., 122
- Folgegläubiger 132–137, 156
- Höhe der Forderung *siehe* Bagatellgrenze
- örtliche Zuständigkeit 124
- Subsidiarität *siehe* Subsidiarität der Drittauskunft
- Umfang 123 f., 144–146
- Unterhaltsrecht 78 f., 122
- Verfassungsmäßigkeit 147–154
- Weiterverwendung ermittelter Daten 156 f., 293
- Württembergischer Entwurf einer Prozessordnung von 1840/1841 38
- Drittauskunft (EU-Recht) 379, 382–385, 413–425, *siehe auch* Europäische Kontenpfändungsverordnung; Europäische Unterhaltsverordnung
- Drittauskunft (Frankreich) 175–233
 - Auskunftspflichtige Stellen 177, 183 f., 194–199, 273 f.
 - Erkenntnisverfahren 176 f.
 - Umfang 204–206, 276 f.
 - Unterhaltsrecht 176 f.
 - Weiterverwendung ermittelter Daten 206–210, 277, 293
- Drittschuldnererklärung
 - Zivilprozeßordnung von 1877 51
 - Deutschland 164 f.
 - Frankreich 175, 179, 205, 232–234
 - Partikularrechte 32, 35–37, 41–46
 - Preußischer Entwurf einer Deutschen Zivilprozeßordnung von 1871 48 f.
 - ZPO-Reformentwurf von 1931 67
- Eidesstattliche Versicherung 76, 103, 260 f., *siehe auch* Manifestationseid; Offenbarungseid
- Einstweiliger Rechtsschutz
 - Deutsches Recht 160–164
- EU-Recht 420 f., *siehe auch* Europäische Kontenpfändungsverordnung
- Französisches Recht 210–231, 274 f.
- ELI/UNIDROIT Model European Rules of Civil Procedure 360 f.
- enforcement shopping* 385, 401–403
- entrepreneur individuel à responsabilité limitée* 250 f., 254
- entrepreneur individuel* 248–250, 254
- Entwurf einer allgemeinen Zivilprozessordnung für die deutschen Bundesstaaten von 1866 47 f.
- Enumerationsprinzip 140
- Erzwingungshaft 101 f.
- Zivilprozeßordnung von 1877 52, 55 f.
- Entwurf einer allgemeinen Zivilprozessordnung für die deutschen Bundesstaaten von 1866 48
- europäische 410
- Französisches Recht *siehe contrainte par corps*
- Partikularrechte 32–35, 39, 41, 44
- Preußischer Entwurf einer Deutschen Zivilprozeßordnung von 1871 49
- ZPO-Entwurf von 1931 66 f.
- espace des organismes partenaires de la protection sociale* 197
- Europäische Kontenpfändungsverordnung 33 f., 37, 139, 227–231, 310–340, 378, 384, 397
- Antragsvoraussetzungen 227 f., 311 f., 314 f.
- Auskunftsbehörde 333
- Bagatellgrenze 330 f.
- Drittauskunft 334 f., 337
- Ermittlbare Informationen 338
- *fishing expeditions* 323 f.
- Gerichtliche Entscheidung 228 f., 312–314
- Prozessökonomie 324 f.
- Sachaufklärungsmechanismus 227–229, 274 f., 319–339, 388
- Schadensersatzpflicht 317–319
- Sicherheitsleistung 316 f.
- Vermögensauskunft 335 f., 337

- Weiterverwendung ermittelter Daten 338 f.
- Europäische Menschenrechtskonvention 10 f., 13, 15, 21, 402
- Europäische Unterhaltsverordnung 302–309, 378, 384, 397
- Europäische Zustellungsverordnung 340–342, 382, 384
- Europäischer Rechtsraum 325 f., 393, 395
- Europäisches Justizportal 309, 341 f., 381 f., 394
- exécution forcée* 219, 223
- exécution négociée* 259
- exécution participative* 258 f.
- exécution tempérée* 259
- exécution* 219
- Exequaturverfahren 308, 360, 373–378, 395
- Feuerbach, Anselm* 374 f., 402 f., 406
- fichier immobilier* 193 f., 204, 249
- fichier personnel centralisé des propriétés immobilières* 204
- FICOPA 177, 195–201, 205 f., 219–221, 224–226, 229 f., 274–277, 290
- Folgegläubiger 132–137, 155 f.
- Fragerecht des Gerichtsvollziehers 77 f.
- Fragerecht des Gläubigers 100
- freezing order* 335 f.
- Gerichtsvollzieher (Französisches Recht) 186–189, 199–203, 207 f.
- Gesamtvermögenshaftung 98 f., 247–251, 403
- Gewaltmonopol *siehe* Verbot der Selbsthilfe
- Grenzüberschreitende Sachaufklärung 391–430
- Grenzüberschreitende Vollstreckung 1–3, 11, 28, 93 f., 373–378, 393–395, 404–407
- Großgläubiger 10, 17, 138 f., 226, 404
- Grünbuch der Kommission von 2008 256 f., 310 f., 320, 380–388
- Grundbuch 82 f., 143 f., 165, 168, 193 f., 363 *siehe auch* *fichier immobilier; fichier personnel centralisé des propriétés immobilières*
- Grundbuchamt 142–144, *siehe auch* Drittauskunft; Auskunftspflichtete Stellen und Grundbuch
- Grundfreiheiten 1, 393
- Grundrechtsbindung 15 f.
- Guide to Best Practices in International Jurisdictional Cooperation for the Americas 372, 397
- Haager Anerkennungs- und Vollstreckungsübereinkommen 298
- Haager Beweisübereinkommen 297
- Haager Konferenz für Internationales Privatrecht 375
- Haager Übereinkommen über den Zivilprozess
 - von 1896 297, 340, 406 f.
 - von 1905 297, 340
 - von 1954 297, 340
- Haager Unterhaltsübereinkommen
 - von 1958 299 f.
 - von 1973 299 f.
 - von 2007 300–302
- Haager Zustellungsübereinkommen 340
- Haftkostenvorschuss 59, 66, 76, *siehe auch* Erzwingungshaft
- Hannover
 - Allgemeine bürgerliche Prozessordnung von 1847 41 f.
 - Allgemeine bürgerliche Prozessordnung von 1850 42, 406
 - Untergerichtsordnung von 1828 40 f., 406
- Harmonisierung 2, 361–370, 371 f., 386 f., 389 f., 399–407, 409–425
- Hierarchie von Vollstreckungsarten 146, 185, 255, 273, 289, 412
- Hornsby v. Greece* 10 f., 202, 363
- Informationsasymmetrie 384 f., 387, 403 f.
- Informationsdefizit 1 f.

- Inhaftierung des Schuldners *siehe* Erzwingungshaft
- Inquisitionsmaxime 63–65
- insaisissabilité légale* 248
- insaisissabilité volontaire* 248–251
- Insolvenzrecht (Frankreich) 252–254
- Interessen
- des Gläubigers 9–11, 162 f.
 - des Schuldners 13 f., 162 f.
- Internationale Rechtshilfe 1 f., 93 f., 297, 394, 405–407
- Justizgewährungsanspruch 11, 117
- Justizielle Zusammenarbeit 1
- Beweisaufnahme 1
 - in Vollstreckungssachen 379, 384 f., 404–407
 - Zustellung 1
- Kapitalverkehrsfreiheit *siehe* Grundfreiheiten
- Kleingläubiger 10, 17, 138 f., 226, 404
- Kompetenz der EU 414, 417, 427
- Kontostammdaten 145, 147 f., 276
- Kontostand 276
- Koordinierungsmodell mit Harmonisierungselementen 302–309, 310–340, 389 f., 399–407
- Koordinierungsmodell 301 f., 343, 389 f., 399–407
- Kraftfahrt-Bundesamt 140
- L'Union Internationale des Huissiers de Justice et Officier Judiciaire 370–372, 403
- Lateinamerika 352–354
- Las Leñas Protokoll von 1992 352–354, 360
- Le droit au respect de la vie privée* 13 f., 179–182, 187–191, 200–203, 206–210, 218, 241 f., 261–263, 276, 279 f., *siehe* auch Privatsphäre des Schuldners; Recht auf informationelle Selbstbestimmung
- Lex-foi-Grundsatz 2
- Libérale Kodifikation *siehe* Prozessauffassung
- Lohnpfändung 145, 196 f.
- Loi Bétaille* 201–204
- Manifestationseid 30 f.
- Allgemeine Gerichtsordnung für die Preußischen Staaten von 1791 32–34
 - Civil-Prozeß-Ordnung für das Herzogtum Braunschweig 44
 - Hannoveraner allgemeine bürgerliche Prozessordnung von 1847 41
 - Hannoveraner allgemeine bürgerliche Prozessordnung von 1850 42
 - Hannoveraner Untergerichtsordnung von 1828 40
- MERCOSUR *siehe* Lateinamerika
- mesures conservatoires* 210–231, 274 f.
- Mindestharmonisierung *siehe* Harmonisierung
- Mitwirkungspflichten Dritter 19, 195, 198, 232, 234, 290
- Offenbarungseid 30 f., 70–75
- Civilprozessordnung von 1877 50–57
 - Entwurf einer allgemeinen Zivilprozessordnung für die deutschen Bundesstaaten von 1866 48
 - Preußischer Entwurf einer Deutschen Civilprozeßordnung von 1871 48
 - Preußischer Entwurf einer Prozessordnung von 1864 34 f.
 - Württembergische Prozessordnung von 1868 39 f.
- Offenbarungsversicherung *siehe* Vermögensauskunft, europäische
- Offenbarungsverzeichnis 105–107, *siehe* auch Schuldnerverzeichnis
- OHADA 345–351
- Acte uniforme portant organisation des procédures simplifiées de recouvrement et des voies d'exécution von 1998 347–351
- Organization of American States 372, 397

Partikularrechte

- Baden 43 f.
- Bayern 45 f.
- Braunschweig 44
- Hannover 40–42
- Preußen 32–35
- Württemberg 36–40
- patrimoine affecté* 248–251, 254
- patrimoine fiduciaire* 252, 254
- Pfändungsschutzbestimmungen 99 f., 357, 387
- pôle emploi* 196 f.
- pre-enforcement phase* 395, 421 f.
- Preußen
 - Allgemeine Gerichtsordnung für die Preußischen Staaten von 1791 32–34, 406
 - Entwurf einer Prozessordnung von 1864 34 f.
- Preußischer Entwurf einer Deutschen Zivilprozeßordnung von 1871 48–50
- Privatdetektei 10, 13 f., 17, 21, 202, 404
- Privatsphäre des Schuldners 13 f., 21 f., 366, 368 f., 379, *siehe auch Le droit au respect de la vie privée*; Recht auf informationelle Selbstbestimmung
- procédure collectives* 252 f., 254
- Prozessauffassung 282–288
 - liberal 56, 63 f., 70–72, 179, 284 f., 287 f.
 - sozial-reguliert 61–64, 285 f., 287 f.
- Prozessökonomie 17, 92 f., 202 f., 209

Recht auf effektive Zwangsvollstreckung 10 f., 130 f., 138, *siehe auch* Verfassungsmäßigkeit

Recht auf Eigentum 11, 16, 75, 117, 241 f.

Recht auf informationelle Selbstbestimmung 13 f., 86, 107 f., **115–121**, 125, 130, 132, 138, **147–154**, 162 f., 279, *siehe auch Le droit au respect de la vie privée*; Privatsphäre des Schuldners

Recht auf Sachaufklärung 11

Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung 71, 98, 241 f., *siehe auch Le droit au respect de la vie privée*

Rechtsstaat *siehe* Grundrechtsbindung

Rechtsvergleichen 3–5

Register 382 f., 416 f., *siehe auch fichier immobilier; fichier personnel centralisé des propriétés immobilières*; Grundbuch; Grundbuchamt

– Frankreich 192–194, 249

– Handelsregister 83

– Melderegister 81, 165, 340

– objektbezogen 82 f., 144, 192–194, 196

– personenbezogen 82 f., 144, 192–194, 196

Sanktionen 101–115, 290 f., 260–271, 410 f., *siehe auch* Eidesstattliche Versicherung; Erzwingungshaft; Drittauskunft; Schadensersatz; Schuldnerverzeichnis; Strafbarkeit; Zwangsgeld

saisie conservatoire sur comptes bancaires 210–231, 274 f.

– *ordonnance de saisie conservatoire* 210–231

saisie-vente in Wohnräumen 235–247, 255, 271 f.

– *saisie-exécution* 235 f., 245

– Schuldnerschutz 240–247

– Schweigen des Schuldners 236–239

– Staatsanwaltschaft 237 f.

– Subsidiarität 235–247, 255

– Ungleichbehandlung von Gläubigern 244 f.

– Vermögensauskunft des Schuldners 236, 271

– Wahlrecht des Schuldners 242 f.

Schadensersatz 270 f., 317–319, 425

Schuldnerschutz

– präventiv 315–319, 423 f.

– repressiv 315–319, 425

Schuldnerverzeichnis 57, 69, 76 f., 103–112, 165 f., 206 f.

– Einsichtnahme 105, 109–111

– Eintragungsgründe 103 f.

- europäisch 411
- Französisches Recht 261–263
- Einsichtsrecht 107–112, 165 f.
- secret professionnel* 180, 184, 189 f., 206–210, *siehe auch* Bankgeheimnis
- sécurité sociale agricole* 197
- Selbständige 196, *siehe auch* Berufsständische Versorgungseinrichtungen
- service des impôts* 196 f.
- Sicherheitsleistung 316 f., 423 f.
- Sicherungsvollstreckung 161–163
- Skandinavien 342–344
- Entwurf für ein gemeinsames Übereinkommen zur grenzüberschreitenden Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung 343 f., 360
- Soft law 354–372
- Souveränität 373 f., 404–407
- Sozialgeheimnis 151 f.
- Staatsanwaltschaft 183 f., 186–189, 199–203, 237 f.
- Storme-Entwurf 336, 355–358, 360
- Drittauskunft 357 f.
- Vermögensauskunft 356–358
- Strafbarkeit 260 f., 410
- Strafrecht 261
- Subsidiarität der Drittauskunft 113 f., 129–132, 148–154, 165–168, *siehe auch* Subsidiarität der Sachaufklärung
- Partikularrechte 43, 45
- ZPO-Entwurf von 1931 68 f.
- Subsidiarität der Sachaufklärung 46 f., 67–71, 402
- Subsidiarität der Vermögensauskunft 71, 88 f., 94–98, 284 f., *siehe auch* Subsidiarität der Sachaufklärung
- Civilprozessordnung von 1877 50–57, 64
- Partikularrechte 33 f., 36 f., 39 f., 40, 42, 44
- Preußischer Entwurf einer Deutschen Civilprozeßordnung von 1871 48–50
- Zweck 53 f.
- surendettement des particuliers* 253 f.
- sûreté judiciaire* 211
- système d'immatriculation des véhicules* 196
- Territorialitätsprinzip 93 f., 373, 404–407
- Titelfreizügigkeit 2, 373–379, 385, 393, 395, 402 f., 421
- Träger der gesetzlichen Rentenversicherung *siehe* Drittauskunft, Auskunftspflichtete Stellen
- Treuhand *siehe* *patrimoine fiduciaire*
- Typisierung des Schuldners 286 f.
- Überraschungseffekt 95 f., 130 f., 335 f.
- UNIDROIT „Best Practices for Effective Enforcement“ 361–370
- Drittauskunft 365–367
- Register 364 f., 367
- Sanktionen 364, 366
- Vermögensauskunft 364–367
- Verzeichnisse 365, 368
- Zeitpunkt der Sachaufklärung 368
- Union Judiciaire* 375
- Unterhaltsrecht 78 f., 122, 176 f., 286 f., 298–309
- UN-Unterhaltsübereinkommen 298 f.
- Urssaf* 196 f.
- vente ambiale* 259, 271, 290
- vente forcée* 259
- Verbot der Selbsthilfe 9, 13, 15–17, 21, 75, 138, 286
- Verdachtspfändung 73–75, 225 f.
- Verfassungsmäßigkeit
- Drittauskunft 147–154
- Vermögensauskunft 115–121
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz in der Zwangsvollstreckung 82, 205, 242, 246, 255, 371 f., 387, 416
- Vermögensauskunft 88–121, 284 f., 290 f.
- Belohnungen 271–273, 366, 411 f.
- Civilprozessordnung von 1871 50–57
- europäische 100, 379, 385–388, 409–413
- Exportfähigkeit 100

- Folgegläubiger 155
- Frankreich 234–273
- Missbrauchspotenzial 114, 366
- Örtliche Zuständigkeit 93 f.
- Prozessauffassung 284 f.
- Sanktionen 101–115, 290 f., 260–271, 410 f., *siehe auch* Eidesstattliche Versicherung; Erzwingungshaft; Drittauskunft; Schadensersatz; Schuldnerverzeichnis; Strafbarkeit; Zwangsgeld
- Sperrfrist 90–93
- Subsidiarität *siehe* Subsidiarität der Vermögensauskunft
- Umfang 51, 59, 64–66, 76, 98–100, 118, 366, 412
- Verfassungsmäßigkeit 115–121
- Vorverlagerung 88 f.
- Weiterverwendung ermittelter Daten 155 f., 293
- Württembergischer Entwurf einer Prozessordnung von 1840/1841 37
- Württembergisches Exekutionsgesetz von 1825 36
- Zahlungsfrist 94–98
- Zeitpunkt 88 f., 115
- Zweck 60
- Vermögensintransparenz 46 f., 54, 68, 88 f., 144 f., 289, 402
- Vermögensverzeichnis 89, 155, 166, 206 f.
- Civilprozessordnung von 1877 51
- Französisches Recht 263
- Preußischer Entwurf einer Deutschen Civilprozeßordnung von 1871 48
- Verstaatlichung des Vollstreckungsverfahrens 60, 63, 166
- Vollstreckbarkeit 298, 363, 373–378

- Wahrheitspflicht 19, 72, 175, 179, 184 f., 234, 268

- Weiterverwendung ermittelter Daten
siehe Drittauskunft (Deutschland);
Drittauskunft (Frankreich); Europäische Kontenpfändungsverordnung;
Vermögensauskunft
- Wirtschaftsstandort 17
- Wohnsitz 81, 93 f., 179–182, 329, *siehe auch* Adresse; Aufenthalt
- Württemberg
 - Entwurf einer Prozessordnung von 1840/1841 37 f.
 - Exekutionsgesetz von 1825 36
 - Prozessordnung von 1868 39, 406

- Zeitpunkt der Sachaufklärung 85 f., 210–231, 274 f., 292 f., 303, 357 f., 368, 395
- Zentrale Behörden 300, 302 f., 419
- ZPO-Reformentwurf von 1931 61–70
 - Drittauskunft 67
 - Offenbarungseid 65 f.
 - Schuldnerliste
- Zuständigkeit 93 f., 186–189, 199–203, 292
- Zwangsgeld
 - Allgemeine Gerichtsordnung für die Preußischen Staaten von 1791 32 f.
 - Entwurf einer allgemeinen Zivilprozessordnung für die deutschen Bundesstaaten von 1866 48
 - Französisches Recht 267–271
 - ZPO-Entwurf von 1931 66 f.
- Zwangshaft *siehe* *contrainte par corps*;
Erzwingungshaft